

DEUTSCHER  BUNDESTAG

Petitionsausschuss
Die Vorsitzende

An die
Bundesministerin für Arbeit und Soziales
Frau Dr. Ursula von der Leyen, MdB
Wilhelmstraße 49

11017 Berlin

11011 Berlin, 16.05.2013
Platz der Republik 1

Fernruf (030) 227-39280
Telefax (030) 227-30013

Pet 3-16-11-8222-015348
3-17-11-8222-021570

Handwritten: Herr Fleck, b. 18. 12. 1950

Betr.: Regelungen zur Altersrente

hier: Eingabe des Herrn Dr. Peter Zeranski, 97688 Bad Kissingen,
vom 30.11.2006

hier: Eingabe der Frau [REDACTED] [REDACTED] im BMAS
vom 25.03.2011

Bezug: Berichterstattergespräch mit Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales am 24. April 2013

| | | | |
|---|---|---|--|
| Ministerium für Arbeit und Soziales | | Eingang | |
| <input type="checkbox"/> Ministerin z.d. | <input checked="" type="checkbox"/> Ministerium | <input checked="" type="checkbox"/> Mit der Bitte um: | <input checked="" type="checkbox"/> Vertretung |
| <input checked="" type="checkbox"/> Abt. IV | 21. Mai 2013 | <input type="checkbox"/> Beantwortung | <input type="checkbox"/> Kopie der Antwort |
| <input type="checkbox"/> LMB/PR | | <input type="checkbox"/> z w.V. | <input type="checkbox"/> z Reg: z.d.A. |
| <input type="checkbox"/> Abgabe | | | |
| Frist: 04.06.13 | | Kopie: 152/19a/2116 | |

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

als Ergebnis des Berichterstattergesprächs sprechen sich die Mitglieder des Petitionsausschusses übereinstimmend dafür aus, für DDR-Übersiedler/-innen, die vor dem Fall der Mauer am 9. November 1989 übergesiedelt sind und die im Zuge der Übersiedelung von einem Rentenversicherungsträger einen Feststellungsbescheid über verbindlich nach dem Fremdrentengesetz anerkannte Zeiten erhalten haben, eine Lösung herbeizuführen.

Der Ausschuss hält es deshalb für erforderlich, auf der Grundlage der im Jahr 2010 durchgeführten Datenerhebung genaue Fallzahlen über den in Rede stehenden Personenkreis zu ermitteln. Darüber hinaus fordert er dazu auf, über die Frage der Verfassungsgemäßheit einer Neuregelung ein Gutachten in Auftrag zu geben, und erwartet eine Aussage zum Verfahren einer möglichen Neufeststellung. Hierbei sollten die Aspekte der Antragstellung innerhalb einer bestimmten Frist, der Durchführung einer Vergleichsberechnung mit und ohne Zeiten nach dem Fremdrentengesetz in

Handwritten notes: Fr. Remel, i.V. Kerst, 21/5, 21/5

der damals geltenden Fassung sowie die Einräumung eines Wahlrechts Berücksichtigung finden.

Das Ergebnis dieser Ermittlungen sollte dem Petitionsausschuss noch innerhalb dieser Wahlperiode zugeleitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Steinke', with a horizontal line extending to the right.

Kersten Steinke